Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 8990.

Nr. 131 | Dienstag, den 8. Juni 1920 | 11. Jahrgang

Die Koalitionsregierung erschüttert?

Polens wirtschaftliche Gefahren

schildert eine zweifellos sachverständige Zuschrift an die in solchen Fragen vorsichtig urteilende Handelszeitung des „Berliner Tageblatts" sehr anschaulich am 31. Mai wie folgt:

Wer die Entwickelung der jungen Polenrepublik seit ihrem Entstehen aufmerksam verfolgt, dem zwingt sich der Eindruck auf, daß sämtliche Erscheinungen des Wirtschaftslebens mehr und mehr einen katastrophalen Wirrwarrcharakter annehmen. Dem zu unnatürlicher Größe aufgeblähten Staatswesen fehlen die festen Fundamente, fehlt ein gesunder funktionierender Organismus, und hierin liegen für das Polen von heute ganz bedenkliche Existenzgefahren. Die Industrien des Landes sind durch den Krieg fast vollständig zerstört; zum Wiederaufbau mangelt es an den notwendigsten Hilfsmitteln, zumal die Russen während ihres Rückzuges alle bewegliche Habe verschleppten. Die Folge davon ist ein abnorm großer Einfuhrbedarf an industriellen Erzeugnissen, der aber wegen Mangel an Kredit und Zahlungsmitteln nicht im entferntesten gedeckt werden kann. Das Defizit des Staatshaushalts wächst lawinenartig an; nach vorsichtigen Schätzungen dürfte sich die ungedeckte Schuldsumme am Schluß dieses Jahres auf annähernd 60 bis 70 Milliarden belaufen, ungeachtet weiterer unübersehbarer Außenschulden. Das umfangreiche Heer (500 000 Mann) verschlingt allein monatlich an 800 bis 900 Millionen Mark. Mangels anderer Möglichkeit zur Beschaffung der Geldmittel wird, sei es auf gesetzmäßigem oder ungesetzmäßigem Wege, die Notenpresse in Tätigkeit gesetzt. Der Umlauf an polnischer Mark erreicht mit Ausführung der neuesten Ausgabepläne die gigantische Höhe von rund 10 Milliarden, während beim Abbau der deutschen Verwaltung (November 1918) der Notenumlauf 880 Millionen Mark, also rund etwa den 12. Teil, betrug. Hand in Hand mit dieser Geldschöpfung geht eine riesenhafte Preissteigerung, die teilweise die doppelte und dreifache Höhe wie selbst in Deutschland erreicht. Dazu herrscht im Zahlungsmittelverkehr ein wahres Chaos; über ½ Dutzend täglich im Kurse schwankender Münzwährungen sind im Gebrauch; polnische Mark, deutsche Mark, österreichisch-ungarische Kronen, russische Rubel (3 bis 4 Gattungen) sowie deutsches und österreichisches Okkupationsgeld und anderes. Als gesetzliches Zahlungsmittel fungiert laut Gesetz vom 15. Januar 1920 die polnische Mark. Ursprünglich der deutschen Mark gleichgestellt, erlitt sie ein ungeheures Disagio. Eine offizielle Anerkennung als Zahlungsmittel hat die polnische Mark im Auslande bisher kaum gefunden. Mitte Januar wurden in Deutschland bereits für 100 polnische Mark nur etwa 65 deutsche Mark gezahlt; am 26. Mai waren in Danzig 100 polnische Mark für rund 22 und in Berlin für 21 deutsche Reichsmark käuflich. In Neutralien ist die Bewertung nicht viel besser. Hierin zeigt sich deutlich, daß die Finanzwelt der neuen Republik wegen der geradezu grotesken Wirtschaftsverhältnisse keinerlei Vertrauen entgegenbringt. Polnischerseits ist man natürlich, schon mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abstimmungskampf in Oberschlesien, eifrig am Werk, durch Interventionskäufe eine weitere Entwertung ihrer Mark künstlich und mit Gewalt aufzuhalten, sowie überhaupt durch die offizielle und inoffizielle Presse (Flugblätter usw.) die chaotischen Zustände zu verschleiern.

An Experimenten zur Heilung der Krebsschäden läßt es das polnische Finanzministerium, das in Grabski bereits den vierten Minister hat, nicht fehlen. Um die Vielgestaltigkeit des Umlaufsgeldes abzumindern, hat man vor kurzem den seit langem geplanten Umtausch bezw. die Abstempelung der Kronennoten beschlossen. Für 100 Kronen werden 70 polnische Mark gezahlt, zum Entsetzen der Kroneninhaber, die allerdings, um diesem Schicksal zu entgehen, zum großen Teil ihren Besitz vorher verschwinden ließen. Neuerdings sinnt das Finanzministerium auf ein radikales Heilmittel, und Grabski hat es anscheinend schon gefunden. Er plant, auf Grundlage der natürlichen Bodenschätze des Landes für ganz Polen ein einheitliches Geld (Zloty Polski — „Goldgulden") zu schaffen. Dieser Gedanke erscheint um so mehr utopisch, als nicht ersichtlich ist, welche Naturschätze in Polen denn eigentlich bei der zerrütteten Finanzlage als „jederzeit greifbar" gelten könnten. Wie verlautet, soll mit dieser Währungstransaktion gleichmäßig eine scharfe Vermögensabgabe verknüpft werden. Es leuchtet unschwer ein, daß auch dieses neue Geld zweifelsohne alsbald ebenfalls der Entwertung anheimfallen würde und so die Besitzer der gegenwärtigen Umlaufmittel, die natürlich für ihren Besitz einen der derzeitigen Entwertung entsprechend geringeren Betrag an Zloty-Geld erhalten würden, statt einer Entschädigung weitere Mehrschäden hätten. Wahrlich, sehr trübe Aussichten für die polnischen Staatsbürger und alle, die es eventuell werden könnten! Den Bewohnern der Abstimmungsgebiete drohen bei einem Anschluß an Polen allein infolge der Valutaverhältnisse, deren weitere Verschlechterung nicht aufzuhalten ist, neben einer erneut mehrfach verteuerten Lebenshaltung ganz außerordentliche Vermögensverluste, die für weite Kreise den Ruin bedeuten müßten. Diese Zustände und Aussichten in der polnischen Wirtschaft werden bei den bevorstehenden Abstimmungen zweifellos eine gewichtige Rolle spielen.

Rücktritt der Reichsregierung.

Bis 10 Uhr abends lagen 317 Teilergebnisse aus allen Wahlkreisen mit Ausnahme von Koblenz-Trier (24. Wahlkreis) vor. Demzufolge können als gewählt gelten: 86 Sozialdemokraten, 57 Unabhängige, 1 Kommunist, 27 Demokraten, 43 Mitglieder des Zentrums, 12 Angehörige der Bayerischen Volkspartei, 42 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 41 Deutschnationale (darunter 1 Hessischer Bauernbund, 1 Württembergische Bürgerpartei, 2 Bayerische Mittelpartei), 1 schleswig-holsteinischer Bauerndemokrat, 2 Deutsch-Hannoveraner, 3 Mitglieder des Württembergischen Bauernbundes und 2 Angehörige des Bayerischen Bauernbundes.

*

Auch die neueren Nachrichten bestätigen, was wir gestern schrieben, daß die Sozialdemokratie die stärkste Partei geblieben ist. Da aber die Sozialdemokratie und besonders die Demokraten gegenüber der Wahl am 19. Januar 1919 an Stimmen eingebüßt haben, ist die Koalition der bisherigen drei Regierungsparteien in Frage gestellt. Endgültige Zahlen liegen allerdings noch nicht fest. Im Hinblick auf die unsichere parlamentarische Lage haben die Mitglieder des Reichskabinetts am Dienstag vormittag dem Reichspräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Obwohl das Ergebnis der Wahlen noch nicht annähernd endgültig vorliegt, ist die Reichsregierung der Meinung, schon jetzt ihr Versprechen erfüllen und dem Reichspräsidenten Gelegenheit bieten zu müssen, auf Grund der veränderten Parteikonstellation rechtzeitig wegen der Neubildung der Regierung Fühlung zu nehmen. Der Reichspräsident wird natürlich die bisherigen Kabinettsmitglieder mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betrauen, gleichzeitig aber mit den Parteien in Verhandlungen treten, sobald das Wahlergebnis und die Lage sich einigermaßen übersehen lassen.

Die Berliner Blätter ergehen sich bei Betrachtung des Wahlergebnisses in längeren Ausführungen über die Neubildung der Regierung.

Der „Vorwärts" sagt: Ueber die Frage der Regierungsbildung wird erst zu reden sein, wenn die Ergebnisse aus dem ganzen Reiche übersichtlich vorliegen. Aber schon jetzt scheint es, als ob den Unabhängigen ein bedeutender Teil der Verantwortung für die Entscheidung zufallen würde. Schon jetzt möchten wir den Wunsch aussprechen, daß zwischen den beiden sozialistischen Parteien der Versuch gemacht werden würde, zu einer Verständigung in dieser Frage zu gelangen, wobei es für die Sozialdemokratische Partei ganz selbstverständlich ist, daß sie von ihren demokratisch-sozialistischen Grundsätzen nichts abgeben kann.

Die „Freiheit" äußert sich dahin: Die Wahl zeigt als Resultat eine Verstärkung des Klassengegensatzes und eine Vermehrung der politischen Spannung. Ob überhaupt die alte Koalitionspolitik fortgesetzt werden kann, ist zur Stunde noch fraglich. Sicher ist, daß ohne den Ueberschuß der Mandate aus den Bezirken, die diesmal nicht gewählt haben, die Koalition kaum auf eine Mehrheit im Parlament rechnen könnte. Jedenfalls ist die politische Lage noch unsicherer als vorher.

Weitere Teilresultate der deutschen Reichstagswahl.

31. Wahlkreis Dresden-Bautzen: Sozialdemokraten 164 606, Deutsche Volkspartei 131 828, Unabhängige 137 080, Zentrum 7094, Deutschnational 116 815, Demokraten 74 410, Lausitzer Volkspartei 4887, Kommunisten 12 525 Stimmen. Danach sind gewählt 2 Sozialdemokraten, 2 deutsche Volksparteiler, 2 Unabhängige, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat. — Im Wahlkreisverband 6 — Freistaat Sachsen — sind nunmehr insgesamt als gewählt anzusehen 8 Sozialdemokraten, 9 Unabhängige, 1 Kommunist, 3 Demokraten, 6 deutsche Volksparteiler und 6 Deutschnationale.

6. Wahlkreis Pommern. (Amtlich.) Unabhängige 140 066, 2 Abg. Sozialdemokraten 164 962, 2 Abg. Deutsche Volkspartei 161 915, 2 Abg. Christliche Volkspartei 6382, Deutschnational 277 453, 4 Abg. Deutschdemokratische Volkspartei 35 964, Reformgruppe 6511, Kommunisten 3120, Wirtschaftsbund 1755.

22. Wahlkreis Hessen-Darmstadt. Deutschnationale Volkspartei 83 513, Deutsche Volkspartei 94 653, Zentrum 95 453, Sozialdemokraten 179 814, Unabhängige 72 215, Kommunisten 3035, Demokraten 63 715. Danach sind vorläufig gewählt 2 Sozialdemokraten, je einer von der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, vom Zentrum, den Demokraten und den Unabhängigen. Da aber die Sozialdemokraten noch einen Restbetrag von 59 800 Stimmen haben, wird ihnen durch Listenverbindung mit Hessen-Nassau auf alle Fälle noch ein Mandat zufallen, ebenfalls vielleicht der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum.

Wahlkreis Hessen-Nassau. Deutschnationale Volkspartei 108 989, Deutsche Volkspartei 113 784, Zentrum 67 194, Demokraten 80 147, Sozialdemokraten 187 460, Unabhängige 79 720, Kommunisten 14 002.

Wahlkreis Mecklenburg-Schwerin einschl. Lübeck und Strelitz. Sozialdemokraten 113 008, Unabhängige 33 008, Demokraten 33 817, Zentrum 1408, Deutsche Volkspartei 61 873, Deutschnationale Volkspartei 58 600, Kommunisten 3955, Wirtschaftliche Vereinigung 13 834.

33. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Gewählt sind 5 Sozialdemokraten, 1 Demokrat, 2 Unabhängige, 1 Kommunist, 2 Deutschnationale, 2 deutsche Volksparteiler.

Wahlkreis 4 Potsdam. Unabhängige 133 048, Sozialdemokraten 85 124, Deutsche Volkspartei 70 642, Deutschnationale Volkspartei 88 801.

*

Gewählte Abgeordnete.

25. Wahlkreis Düsseldorf-West. Christliche Volkspartei 2949, Demokraten 49 884, Deutschnatl. Vp. 125 356, Deutsche Volkspartei 126 743, Kommunisten 12 077, Polen 6016, Sozialdemokraten 96 639, Unabhängige 217 419, Zentrum 234 745, Wiederaufbaupartei 62. Es sind gewählt an Abgeordneten von den Demokraten 1 aus der Verbindung mit dem 26. Wahlkreis, von den Deutschnationalen 2, von der Deutschen Volkspartei 2, 1 Mehrheitssozialist, 3 Unabhängige und 3 vom Zentrum.

Bisher können folgende bekannte Politiker als gewählt gelten: Die Sozialdemokraten Reißhaus, Scheidemann, Staatspräsident Ulrich, Dr. David, Bernstein, Wissel, Loebe, Gustav Bauer, Brey, Otto Braun, Auer und Schlicke. Die Unabhängigen Kunert, Coenen, Duewell, Beck, Dißmann, Zubeil, Dämmig, Dr. Breitscheid, Vogtherr, Dittmann, Albrecht, Dr. Rosenfeld, Frau Agnes, Braß und Henke. Die Demokraten Delius, Gertrud Bäumer, Schücking, Forell, Oberbürgermeister Külz, Dernburg, Schiffer, Böhme, Dr. Geßler. Die Zentrumsabgeordneten v. Brentano, Burlage, Erzberger, Imbusch, Trimborn, Giesberts, Marx, Bell, Dr. Spahn und Dr. Hitze. Die Volksparteiler Dr. Cremer, Dr. Riesser, Finanzminister Dr. Becker, Dr. Heinze, Stresemann, v. Kardorff, Rarezki, Kurt Sorge, Hugo Stinnes, Chefredakteur Kinsler und Klara Mende. Die Deutschnationalen v. Gräfe, Wulle, Hammer, Bruhn, Malkewitz, Schiele, Hergt, v. Delbrück, Fuhrmann, Dr. Rösicke und Justizrat Dietrich.

Landtagswahlen in Bayern und Württemberg.

Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden in Bayern und Württemberg Neuwahlen für die dortigen Landtage statt.

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet folgendes vorläufiges Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern: S. P. D. 301 265, U. S. P. D. 246 215, K. P. D. 42 162, Bayerische Volkspartei 839 962, Deutschdemokratische Partei 145 200, Bayerischer Bauernbund 163 439, Mittelpartei und Deutsche Volkspartei zusammen 207 583.

Bei den Wahlen zum Württembergischen Landtag entfielen auf die Sozialdemokraten 175 994, Unabhängigen 145 228, Bürgerparteien 102 318, Bauernbund 193 680, Volkspartei 37 269, Kommunisten 33 178, Deutschdemokratische Partei 161 475, Zentrum 247 102. Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien ist noch nicht ausgerechnet, doch steht bereits fest, daß die Kommunistenpartei überhaupt keine Stimme erhalten kann.

Stuttgart, 7. Juni. (W. T. B.) Die Zusammensetzung des neuen Landtags gestaltet sich wie folgt: Die Sozialdemokraten erhalten 10 Kreis- und 7 Landtagsabgeordnete, die Unabhängigen 8 Kreis- und 6 Landtagsabgeordnete, die Bürgerpartei 3 und 4, der Bauernbund 12 und 6, die Deutsche Volkspartei 2 und 2, die Demokraten 9 und 6, das Zentrum 18 und 5, die Kommunisten gehen leer aus.

Baltikumer widersetzen sich ihrer Auflösung.

Am Sonnabend, den 5. Juni, sollte in Soest das zweite Bataillon des Infanterieregiments 62 mit dem ersten Bataillon der Reichswehrinfanterie 13 verschmolzen werden. Die Maschinengewehrkompanie dieses Bataillons (die frühere Maschinengewehrkompanie Libau) widersetzte sich gewaltsam der Auflösung und kehrte Maschinengewehre gegen die Auflösung fordernden Vorgesetzten. Da Verhandlungen nicht zum Ziele führten, wurde die Auflösung gewaltsam erzwungen. Die mit der Durchführung der Entwaffnung beauftragten Reichswehrtruppen hatten bedauerlicherweise drei Tote und sechs Verwundete zu beklagen. Das zweite Bataillon 62 gehörte bisher zur Besatzung der neutralen Zone. Da nach den Forderungen der Entente die dort stehenden Truppen bis zum 10. Juni um die Hälfte vermindert werden müssen, mußte in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages die Auflösung erzwungen werden.

Der Kampf um Mexiko.

Carranzas „Verbrechen".

Das unglückliche Mexiko ist nach einer verhältnismäßigen Ruhe von einem Jahrfünft wiederum von einem Bürgerkrieg heimgesucht. Der Präsident Carranza ist ermordet worden, und einer seiner militärischen Rivalen soll sich der Regierung bemächtigt haben. Damit ist aber der innere Krieg sehr wahrscheinlich noch nicht zu Ende, sondern nur in ein anderes Stadium getreten. Wenn nicht die Erfahrung trügt, werden sich noch mehr Sip zu mit Pisi. Berung trügt, werden sich noch mehr Sip zu mit Pisi. Bewaffnung und Gewalt an der Eroberung der nun frei gewordenen Präsidentschaft beteiligen, seit Diaz' Zeiten die Zahl der, die zum Streite treiben, vermehrt haben.

Unter die eigentlichen Triebkräfte der Kämpfe mischen sich Reichsmacht, die nachgerade alle durch das offizielle Sich von Waffen, Geld und Menschen kosten, wenig oder gar nichts zu [illegible]. Nach den Methoden der Schmutzkonkurrenz, die ebenso [illegible] wie [illegible] nicht lange gedauert zu haben. Das [illegible] Mexiko ist fast ganz gefüllt mit [illegible] Kämpfen hinter denen allemal ausländische [illegible] Handels- Reeder waren, es in der [illegible] Handelsmächte neben denen die heutigen fremden [illegible] Zeit der Gründung des Diktators [illegible] des Volkes beträchtlich erweitert [illegible] Ferner quellen zu einer bedeutend [illegible] Besitz [illegible] lassen hat, werden lassen, haben [illegible] ausgebenden amerikanischen Trusts [illegible] machtige Mittel [illegible] Mittel zur Eroberung von Konzessionen [illegible] alle Re- [illegible] Wirklichkeit [illegible] Transportwege [illegible] Regierung [illegible] Sprache, die [illegible] Presse gegen [illegible] redete, war zu erwarten, daß in welchem Grade die [illegible] auf ihre [illegible] kamen. An diesem Maßstab gemessen, war für die Regierungszeit Carranzas nicht gerade eine goldene [illegible] Partei [illegible] Selbständigkeit besonders Amerika empfindet nicht vermissen. dem Panamerikanismus war er [illegible] im Weltkrieg hielt er es mit der Neutralität, [illegible] der Habsucht der Trusts starken Widerstand [illegible], mußte er über kurz oder lang mit offenen [illegible] rechnen. Am Beginn seiner Präsidentschaft [illegible] hatte er eine neue Verfassung, die einen Stich ins [illegible] aufweist. Unter anderem erklärt sie das [illegible] Mexiko nicht mehr den Fremden [illegible] Zinsen erheben sollten und daß die Petroleumquellen „unveräußerliches Eigentum" seien, die nur unter einschränkenden Bedingungen an Privatleute verpachtet werden dürften. Einige Zeit später führte Carranza besondere Steuern für die fremden Petroleumbesitzer ein. Das war kein [illegible] Verbrechen, das er mit dem Leben [illegible] Wieder einmal hat eine verbrecherische Kugel [illegible] einen Mexikaner, der nichts als das Wohl und die Unabhängigkeit seines Landes wollte, beseitigt.

Wie der Leidensgeschichte seiner Vorgänger klug gemacht, hatte sich Carranza beizeiten eine wohlorganisierte Truppe geschaffen und den einzelnen von fremdem Sold bezogenen Widersachern nachdrücklich begegnen zu können. Da es ihm dank der zuverlässigen Truppe gelang, Ruhe und Ordnung zu verbürgen, fand seine Regierung schnell steigende Unterstützung bei allen einheimischen Volksschichten. Gegen eine so gefestigte Herrschaft war mit dem sonst erfolgreich angewendeten Mittel, dem „großen amerikanischen Handstreich" allein nichts auszurichten. Solange indes der Weltkrieg dauerte und die Londoner und Washingtoner Agenturen der Ententestaaten, also die englischen und amerikanischen Regierungen, noch anderwärts stark beschäftigt waren, durfte Carranza hoffen, ungeschoren zu bleiben. Die Dinge wendeten sich sofort, als der Waffenstillstand eingetreten war. Durch eine reichlich gespeiste Propaganda wurden Lügen über Carranzas Charakter und Verwaltung in der Welt verbreitet, mit Hilfe gekaufter Banditen Aufstände angezettelt, die ebenfalls gekaufte Presse [illegible] Das Endziel dieser Propaganda war die Auslieferung japanischer Flüchtlinge an die Mörder des Mikado. Ob die Ausgelieferten wirklich die unbedeutenden Kriegsverbrechen waren, für die sie die amerikanische Truppresse ausgab, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Immerhin, in Europa, wo man Gründe zu haben glaubte, der asiatischen Autokratie nicht gewogen sein zu dürfen, war es leicht, die Auslieferung als einen unfreundlichen Akt gegen das freie Amerika, einen Liebesdienst für den verhaßten Rivalen darzustellen. Daß Carranza erst durch die Weigerungsgründe der amerikanischen Politik auf die [illegible] Japans, das ihm Munition für die sicher zu erwartenden Bürgerkriege lieferte, gedrängt worden war, das wurde mühelos verschwiegen und von der Masse der Leser kann nicht angenommen werden, daß sie die Schlußfolgerungen ihrer Regierung und Presse kennt.

Wie in der Truppresse den Plan ihrer Soldschreiber genügend vorbereitet hatte, setzten die Meldungen über bevorstehende Unruhen in Mexiko ein. Amerikanische Kriegsschiffe wurden in die mexikanischen Gewässer gesandt — um das Leben amerikanischer Bürger zu schützen. Das alte [illegible] Lied. Der Kundige wußte, was die Glocke geschlagen hatte. Der Bürgerkrieg ließ denn auch nicht mehr lange auf sich warten. Es galt, bei der Neuwahl, die im Juli stattfinden, die Wahl eines den Ententeinteressenten widerstrebenden Präsidenten zu verhindern. Hierfür war es nötig, das Land in Aufruhr zu versetzen. Das ist denn nun auch geschehen. Der verhaßte Präsident, der sich so sträflich am Kapitalismus versündigt hatte, daß er das Gemeineigentum und die öffentliche Kontrolle der Bodenschätze proklamierte, ist beseitigt. Amerika wird nun trachten, einen Mann ans Ruder zu bringen, der sich seiner Politik willfähriger zeigt, und England hat ein nicht geringes Interesse, einen Präsidenten an der Macht zu sehen, der seinen Kapitalisten einen viel größeren Anteil an der mexikanischen Beute als bisher zubilligen läßt. Wie immer auch dieser Gegensatz ausgetragen wird, jedenfalls hat es das mexikanische Volk mit seinem Bodenreichtum und seiner inneren Ordnung zu bezahlen.

Deutschland.

Die Unabhängigen und die Sicherheitspolizei.

In Hamburg hatte während des Wahlkampfes auch Scheidemann einmal gesprochen. Der unabhängige Berichterstatter hatte in der Nähe der Versammlung Sicherheitswehr gesehen und benutzte das, um unsere Partei und der Sicherheitswehr wieder etwas an die Rockschöße zu hängen. In ihrem Innern denken sie aber doch ganz anders. Das beweist folgende Abschrift eines Schreibens des ehemaligen Mitgliedes der unabhängigen Bürgerschaftsfraktion Max Zeick, das an die Hamburger Polizeibehörde gerichtet wurde:

„Am Dienstag, 1. Juni, abends 7 Uhr, spricht Hellmuth von Gerlach im Curio-Haus für die Friedensgesellschaft. **Im Auftrage des Vorstandes bitte ich Sie herzlichst, für Schutz dieser Versammlung zu sorgen,** da wir die Anwesenheit von deutschnationalen Radaubrüdern befürchten. Wenn ich mir den Vorschlag erlauben darf, **so halte ich es für angebracht, die uniformierten Sicherheitsmannschaften nicht in einem Nebenraum, sondern direkt im Saal unterzubringen. Das ist das beste Beruhigungspulver.** (!)

Im voraus herzlichen Dank!

Max Zeick.

Wenn Unabhängige die Polizei brauchen, so ist sie Beruhigungspulver. Im anderen Falle wirkt es aufreizend.

Das „Echo du Rhin" gegen die Rheinländerinnen.

Ein Nachrichtenbureau verbreitet folgende Meldung:

Das von den Franzosen in Mainz herausgegebene „Echo du Rhin" bringt einen Angriff gegen den „Vorwärts" und dessen Anregung, daß die deutsche Regierung an alle zivilisierten Nationen mit Ausschluß Frankreichs einen Bericht über die Greueltaten der farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten zu erstatten beabsichtige. Besonders erregt sich das „Echo du Rhin" über die Behauptung des „Vorwärts", das ganz deutsche Volk sei über die Greueltaten der Franzosen empört, und erklärt diese Behauptung für eine reine Wahlmache, da insbesondere der rheinischen Bevölkerung nicht das mindeste von Empörung anzumerken sei. Das „Echo du Rhin" behauptet, die offizielle Erklärung der französischen Regierung, nicht die Senegalneger hätten die deutschen Frauen, sondern die deutschen Frauen die Senegalneger belästigt und angegriffen, entspräche vollkommen den Tatsachen und erbietet sich, dem „Vorwärts" eine Blütenlese derartiger Fälle zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich führt das Blatt keinen einzigen derartigen Fall an, aus dem einfachen Grunde, weil ihm keiner bekannt ist.

Es begnügt sich vielmehr damit, das Münchener Organ der U. S. P. D., „Der Kampf", zu zitieren, dem es als nahezu einzigen deutschen Blatt vorbehalten geblieben ist, die französischen Angriffe gegen deutsche Frauen zu untersuchen und der in einer seiner letzten Nummern behauptet hat, besonders die Damen der guten Gesellschaft im Rheinlande hätten die Neger zu ihren Zudringlichkeiten geradezu ermuntert. **Das unabhängige Blatt geht sogar so weit, die in England und Amerika betriebene Propaganda gegen die Schande in Europa als eine Masche hinzustellen und den deutschen Frauen den wesentlichen Teil der Schuld an den unglücklichen Verhältnissen im Rheinland zuzuschreiben.** Es läßt sich denken, mit welchem Behagen das „Echo du Rhin" diese Auslassungen des „Kampf" wiedergibt.

Es ist nicht das erste Mal seit Kriegsende, daß nach einem bekannten Wort der Moskauer kommunistischen Zeitung „Prawda" die „blutbesudelten Stiefel der französischen Generäle von den deutschen Unabhängigen geleckt" werden. Die englischen und französischen Sozialisten, wie E. D. Morel, Daniel, Renault, Georges Pioch usw., die den Mut hatten, gegen die Anwesenheit und gegen die Taten der Farbigen im besetzten deutschen Gebiet zu protestieren, werden sich besonders freuen zu hören, wie auf deutscher radikaler Seite ihre Bemühungen geschätzt werden: Luise Zietz und der Münchener „Kampf" sorgen schon nach Kräften dafür, daß die französischen Militaristen gegen solche „Mache" geschützt werden.

Crispiens Dank an den König.

Herrn Crispien, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Partei, schreibt die „Rote Fahne", das Blatt der parlamentsfrommen Kommunisten, folgendes ins Stammbuch:

„Bevor Crispien als Vorsitzender der Unabhängigen Partei Deutschlands erwählt war, war er in Württemberg Minister. Damals noch überzeugter Anhänger der bürgerlichen Demokratie. Als der württembergische König auf den Thron verzichtete, hatte die vorläufige Regierung im „Staatsanzeiger" der Erklärung des Königs folgende „Danksworte" bei:

> Die provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinne des § 7 der württembergischen Verfassungsurkunde ist nach den durch die Umwälzung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen.
>
> Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwickelung zu ebnen. **Das württembergische Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.**
>
> Stuttgart, den 30. November 1918.
>
> **Die provisorische Regierung:**
>
> **Blos. Baumann. Crispien. Fischer. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann.**

Was die „Rote Fahne hier ausgräbt, ist die alte Geschichte, die schon Schiller erfaßt hatte: Im Staatsrat sprech' ich anders!

Ausschreitungen der Franzosen in Gleiwitz.

Aus Gleiwitz wird gemeldet. Infolge allzu liebenswürdigen Benehmens eines Mädchens gegenüber einem Franzosen, der sie in Schutz nahm, kam es am 3. Juni, abends, in einem hiesigen Tanzlokal zu einer wüsten Schlägerei seitens einer großen Anzahl französischer Soldaten, die sich unter Androhung von Waffengewalt Eintritt in die geschlossene Tanzgesellschaft verschafft hatte. Ein städtischer Wachtmeister, der beruhigend einwirken wollte, wurde mit den Zivilisten aus dem Lokal hinausgedrängt. Danach stürmten, wie die „Breslauer Morgenzeitung" meldet, 150 Franzosen eine in der Nähe liegende Polizeiwache. Die Beamten wurden übel zugerichtet, u. a. wurde ein schon auf dem Bett liegender schwerverletzter Beamter mit dem Seitengewehr gestochen. Auch die zu Hilfe gerufene Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen zusammen. Schließlich ergriffen die Franzosen, um sich der Verantwortung für ihre Taten zu entziehen, die Flucht. Am 4. Juni fand eine große Kundgebung der Gleiwitzer Arbeiterschaft statt, die unter allen Umständen die Entwaffnung der Franzosen außerhalb des Dienstes verlangte. Der Gleiwitzer Magistrat sandte Telegramme an die Regierung, an die Geschäftsträger der Alliierten in Berlin sowie an die Ententekommission in Oppeln mit dem Ersuchen, sofort einzugreifen, da der Magistrat nicht mehr Herr der Lage sei.

Rücktritt Amerikas aus der Rheinlandkommission.

Aus Mainz wird gemeldet: Wie das hiesige „Echo de Rhin" mitteilt, ist der Rücktritt des amerikanischen Vertreters bei der Rheinlandkommission, Noyes, auf Veranlassung der Washingtoner Regierung, und zwar wegen der Unmöglichkeit der unverzüglichen Ratifizierung des Versailler Vertrages erfolgt. Noyes kehrte mit den Mitgliedern der amerikanischen Sektion der Rheinlandkommission nach Amerika zurück, während der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Rheinland, General Allen, die Reorganisation im Stabe vorbereitet, um die Zusammenarbeit der amerikanischen Zone mit der Rheinlandkommission zu sichern.

Ausland.

Die Aaländer verlangen Selbstbestimmungsrecht.

Nach einem Telegramm aus Mariehamn auf den Aalandsinseln ist der finnische Präsident Erich dort eingetroffen und forderte die Aaländer auf, ihre Forderung auf Wiedervereinigung mit Schweden endgültig aufzugeben und das neue Selbstverwaltungsgesetz durchzuführen. Im Namen der aaländischen Vertrauensmänner erklärte unter stürmischem Beifall Landtagsabgeordneter Redakteur Sundblen, daß die Bevölkerung der Aalandinseln von ihrer Forderung nach Volksabstimmung nicht abweiche. Wie das Finnische Notiz-Byran aus Helsingfors und Mariehamn meldet, sind Redakteur Sundblen und Polizeidirektor Bjeerkmann wegen Hochverrats verhaftet worden.

Litauens neue Verfassung.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende" aus Kowno hat die litauische Nationalversammlung gestern eine provisorische Verfassung angenommen, die unter anderem folgende Hauptpunkte enthält:

Litauen ist eine demokratische Republik, die von einem von der Nationalversammlung gewählten Präsidenten und einem Kabinett regiert wird, das der Nationalversammlung verantwortlich ist und deren Vertrauen genießt.

Alle Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Nationalität und Religion sind vor dem Gesetze gleich.

Die Verfassung enthält weiter Bestimmungen über Preß-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, sowie über die Abschaffung der Todesstrafe.

Bis zur Wahl eines Präsidenten durch die Nationalversammlung übernimmt deren Präsident Stulginski alle Pflichten eines Präsidenten. Der jetzt zurücktretende Präsident Smetana hat keine Aussichten für eine Wiederwahl.

Vorkonferenz der Alliierten in Brüssel.

Frankfurt a. M., 5. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Aus Rom wird gemeldet, daß auf die Initiative Italiens hin die Alliierten dahin übereingekommen sind, **vor der Konferenz in Spa am 18 Juni in Brüssel zusammenzukommen. Das „Echo de Paris" glaubt, daß die Konferenz von Spa noch weiter hinaus[illegible]hoben werden wird.** Der Ministerpräsident Nitti, der Minister des Aeußern Scialoja und der Schatzminister Schanzer werden Italien auf der Konferenz in Spa vertreten. Ihre Abwesenheit von Rom einschließlich der Brüsseler Vorkonferenz wird auf 14 Tage geschätzt.

Lenin gegen die englischen Sozialisten.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Hier sind Mitteilungen aus einwandfreier bolschewistischer Quelle durchgesickert, **nach denen die Sowjetregierung ganz und gar nicht einverstanden ist mit den Untersuchungsmethoden der englischen Arbeiterabordnung, die es offenbar mit ihrer Aufgabe sehr ernst nimmt.** Die russische Presse, die ja durchweg jetzt offiziell, weil „nationalisiert" ist, **gibt ihrem Erstaunen über die wachsende Zurückhaltung, die seitens der britischen Mission an den Tag gelegt wird, Ausdruck und erklärt, daß die Delegierten mit vorgefaßten Meinungen durchtränkt seien. Man hält es demnach nicht für wahrscheinlich, daß der Aufenthalt der englischen Arbeitermission in Rußland sich noch längere Zeit ausdehnen wird.**

Der Kommunismus in Finnland.

Die grundlegende Versammlung der Kommunistischen Partei Finnlands begann, wie die „P. P. N." melden, am 13. Mai in Helsingfors. Es waren 75 Mitglieder zugegen. Den Vorsitz führte der Rechtsanwalt E. Pekkala, in den geschäftsführenden Ausschuß wurde u. a. der bekannte Kommunist Lulo Wuolijoki gewählt, dessen Frau die Ententediplomaten inspiriert. Das Programm der Kommunisten umfaßte Nationalisierung der Banken und Fabriken, Abschaffung der Gerichte und Wahl von Volksrichtern, Abschaffung der bisherigen Behörden und Errichtung der Räteherrschaft und es wurde schließlich der Anschluß an die Dritte Internationale beschlossen. Dieser Beschluß veranlaßte den aufsichtsführenden Polizeimeister, die Versammlung aufzulösen und die Verhaftung der Führer anzuordnen, da der Anschluß an die Dritte Internationale gleichbedeutend sei mit der Absicht, die Staatsgewalt mit Waffengewalt zu stürzen und die Diktatur des Proletariats einzuführen. Es wurden elf Personen, darunter Pekkala, Wuolijoki, Rantakainen sowie der frühere Landtagsabgeordnete Jalava verhaftet.

Die Regierung trat noch am selben Abend zum Plenum zusammen, wobei die vorläufige Inhaftnahme dieser Personen beschlossen wurde. Bei den beschlagnahmten Papieren wurde ein Schreiben Lenins aufgefunden, in dem die Kommunisten aufgefordert wurden, die jetzige Regierung zu stürzen und eine Regierung zu bilden, die mit der Sowjetregierung Frieden schließen kann.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 131 | Dienstag, den 8. Juni 1920 | 11. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Eine neue Demonstration der Arbeitslosen

besuchte gestern mittag das Rathaus. Diese neueste unabhängig-spartakistische Agitationsaktion hatte nur eine Beteiligung von wenig über 1000 Personen gefunden. In der Langgasse hielt man die Wagen der Elektrischen an und zwang die Fahrgäste zum Aussteigen. Im übrigen gab es von manchen die bekannten überrevolutionären Liebenswürdigkeiten. Als eine Anzahl Mannschaften der Sicherheitswehr auf einem Lastauto vor dem Rathause eintrafen, schwand so manchem „Führer" aber schon der vorher übergroße Mut. Die Beamten benahmen sich jedoch sehr rücksichtsvoll. Sie sahen von der Räumung der Straße ab und verstärkten nur die Wache des Rathauses. Eine unabhängig-spartakistische Deputation begab sich zu Oberbürgermeister Sahm und stellte ihm folgende Forderungen:

1. 50-prozentige Erhöhung der Unterstützung nachzuzahlen ab 8. Mai.

2. Vermittelung von Arbeit für die Arbeitslosen. Endlich verlangten sie noch, daß auch die um 66⅔ Prozent Erwerbsbeschränkten und die Arbeitslosen über 65 Jahre in Zukunft Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen.

Der Oberbürgermeister konnte diese Forderungen selbstverständlich nur zur Kenntnis nehmen. Er erklärte das auch dem bei ihm unter Führung des Spartakisten Mertins vorsprechenden Arbeitslosenrat: Damit war die Demonstration erledigt. Doch nein, ehe man sich zerstreute, brachte ein Spartakusmann auf der Freitreppe des Rathauses noch das unvermeidliche Hoch auf die bolschewistische Weltrevolution aus.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß solche Agitationsdemonstrationen in einem demokratischen Staatswesen praktisch gar keinen Wert haben können. Wohin sollte es denn wohl führen, wenn irgendeine Gruppe der Bürgerschaft vor das Rathaus ziehen und dort mehr oder minder energisch irgendwelche Zugeständnisse erzwingen könnte?

Vor der Demonstration hielt man im Werftspeisehaus eine Versammlung ab, die der angestellte Vorsitzende des Erwerbslosenrats der Spartakist, Maler Mertins leitete. Er ließ ohne auch nur halbwegs genügende sachliche Beratung „namens der Danziger Arbeitslosen aller Parteien" eine Resolution beschließen, in der behauptet wird, daß die Behörden absichtlich keine Arbeit beschafften. Dann wird gesagt, daß sehr viele Arbeit vorhanden sei, von der Befestigung der Weichselufer bis Pieckendorf, dem Bau von Lokomotiven und Einsenbahnwagen bis zum Erwerb einer Danziger Kohlengrube. Die Mittel dafür seien ohne Schwierigkeit durch Verstaatlichung der Banken, eine eigene Danziger Währung und Einführung des Freigeldes des Kommunisten Silvio Gesell. Herr G. ist einer der verkrachten Münchener Rätediktatoren. Wenn schon etwas dazu gehört, solche „Forderungen" von Erwerbslosen, die sich ihrer Tragweite unmöglich bewußt sein können, ohne Fühlungnahme mit den Arbeiterorganisationen, beschließen zu lassen, so kennzeichnet sich diese spartakistische Methode genügend dadurch, daß man diese Beschlüsse dem Oberbürgermeister gar nicht vorlegte.

Bezirksversammlungen

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr:

3. Bezirk (Neufahrwasser) bei Lengis, Albrechtstraße. Referent: Stadtverordneter Gen. Karl.

4. Bezirk (Schidlitz) bei Steppuhn, Karthäuser Straße. Referent: Stadtrat Gen. Nagrotzki.

Donnerstag, den 10. Juni:

1. Bezirk (Rechtstadt) in der Aula des städtischen Gymnasiums am Winterplatz, abends 7 Uhr. Referent: Stadtverordneter Gen. Spill.

2. Bezirk (Altstadt) im Singsaal der Petrischule, am Hansaplatz, abends 7 Uhr. Referent: Gen. Dr. Ring.

5. Bezirk (Langfuhr) bei Krelin, Brunshöfer Weg 36, abends 6½ Uhr. Referent: Gen. Müller.

Freitag, den 11. Juni:

9. Bezirk (Stadtviertel von Hundegasse bis Bastion Gertrud und Petershagen) im „Blanken Tonnchen", am Heumarkt 10, abends 6½ Uhr. Referent: Gen. Dr. Kamnitzer.

11. Bezirk (Heubude) bei Schönwiese, abends 7 Uhr. Referent: Volkstagsabgeordneter Gen. Wohn.

Keine Einreiseerlaubnis nach Danzig.

Von seiten deutscher Paßbehörden und polnischer Konsulate ist mehrfach die Ausstellung eines Passes zur Einreise in das Gebiet der Freien Stadt von der Beibringung einer von Danziger Behörden ausgestellten Einreiseerlaubnis abhängig gemacht worden. Eine derartige Erlaubnis ist für Danzig jedoch nicht erforderlich. Um aber die Einreise nicht zu erschweren, haben in Zukunft die Amtsvorsteher auf Antrag polizeiliche Bescheinigungen dahin zu erteilen, daß eine Einreiseerlaubnis in den Freistaat zurzeit nicht erforderlich ist. —

Die für Deutschland geforderte Einreiseerlaubnis wird von der hiesigen Paßstelle des deutschen Reichs- und Staatskommissars leider an Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung für Privatpersonen so gut wie ganz ausgeschlossen ist. So läßt man z. B. private Gründe überhaupt nicht gelten. Das führt vor allem auch für Bewohner der kleineren Orte des Danziger Gebiets zu Härten, die einem Reiseverbot gleichkommen. Wenn beispielsweise ein junges Mädchen notwendig zum Stellenwechsel von Lietzau nach Elbing fahren muß und dazu eine Bescheinigung der Danziger Handelskammer beibringen soll, daß diese Reise geschäftlich oder dienstlich notwendig ist, so hört dabei alle Gemütlichkeit auf. Welchen Sinn solche Vorschriften haben und welchem vernünftigen Zweck sie nutzen sollen, vermag man beim besten Willen nicht einzusehen. Etwas weniger bureaukratischer Starrsinn würde jedoch dem Ansehen Deutschlands, gerade auf diesem Gebiet, auf dem das polnische Vorgehen schon so sehr erbittert, durchaus förderlich sein.

Kein Krankenkassen-Aerzte-Konflikt in Danzig.

Von der Vereinigung der Krankenkassen im Freistaat Danzig wird uns geschrieben: „Die in Nr. 130 der „Danziger Neuesten Nachrichten" unter der Bezeichnung „Aerztestreik und Ersatzkassen" gebrachte Mitteilung enthält Darstellungen, die zu Mißverständnissen bei den gegen Krankheit versicherten Bevölkerungskreisen führen können. Im Freistaat Danzig besteht weder ein Aerztestreik noch sind die zwischen Aerzten und Krankenkassen geschlossenen Verträge aufgehoben.

Werbeveranstaltung für Leibesübungen.

Der Turn- und Fechtverein Preußen veranstaltete Sonntag nachmittag auf dem Heinrich-Ehlers-Platz eine Werbeveranstaltung für Leibesübungen. Von gutem Wetter begünstigt, nahm der Tag einen glänzenden Verlauf. Dank der umfassenden und gründlichen Vorbereitungen war die Abwicklung des Programms lebhaft und exakt, sodaß den rund 5000 Zuschauern eine stattliche Zahl schöner Bilder gezeigt werden konnte. Einen großen Bestandteil aller Zuschauer bildeten Schüler und Schülerinnen aller Lehranstalten. In der Erkenntnis des hohen Wertes der Leibesübungen gerade für Jugendliche, hatte der veranstaltende Verein den Schulen Danzigs eine Anzahl Freikarten zur Verfügung gestellt, um so das Interesse der Jugend für die große Sache zu erwecken. Mit welchem Eifer alle den Vorführungen folgten, bewies der nicht endenwollende Beifall nach jeder Vorführung.

Eingeleitet wurde das Fest durch einen Aufmarsch des veranstaltenden Vereins. Ein herzerfreuender Anblick war es, als die schlanken Gestalten im Turn- oder Sportanzug, geführt von ihrem alten Oberturnwart Werdel, um den Platz marschierten. Vor Aufmarsch folgten recht ausgedehnte allgemeine Freiübungen, die durch ein Reigenturnen abgelöst wurden. Es fiel dem Auge schwer, alles von dem Gebotenen zu erfassen. Besonders hoben sich die Reckturner und die Frauenabteilung am Barren hervor. Lebhaften Beifall ernteten auch die Vorführungen der Fechtabteilung, in der namentlich Fechtmeister Hamke und Turnwart Baumgart Hervorragendes leisteten. Ein Schlagballspiel der 1. gegen die 2. Mannschaft des Vereins bildete den Uebergang vom Turnen zur Leichtathletik, die durch einen Lauf und ein Massenspeerwerfen zur Darstellung kam.

Im Anschluß hieran wies der Vorsitzende des Vereins, Prof. Dr. Stöwer, in kurzen Worten auf den Zweck der Veranstaltung hin. Seine Worte gipfelten in einem dreifachen „Gut Heil" auf die Leibesübungen, das von der Menge begeistert aufgenommen wurde.

Einen würdigen Abschluß dieses Werbetages bildete ein Fußballwettspiel der 1. Mannschaft des Turn- und Fecht-Vereins Preußen gegen die Liga-Mannschaft des V. f. L. Königsberg. Das Spiel, an dem die Königsberger im allgemeinen mehr hatten, endete unentschieden 2:2. Hervorragendes Können bewies vor allem der Preußentorwächter Warmbier. Am Abend fanden sich alle Teilnehmer im kleinen Saale der Sporthalle zu einigen gemütlichen Stunden zusammen, die durch ein Tänzchen ihren Abschluß fanden.

Trübe, regnerisch und windig war die Witterung fast an jedem Tage des Juni. Nur wenige sonnige Stunden erhellten das düstere Grau, das tagtäglich die Stimmung darstellte. Zur Unterbrechung goß es nur mit allen Schleusen. Gestern und heute vormittag geschah das besonders reichlich. Dazu ist es so kühl, daß man sich wie im Frühapril fühlt und mitunter ohne Uebertreibung kalt sagen darf. Die schönen Maitage haben eine Ablösung erhalten, die dem sonst gewohnten Juniwetter und seinen Normtagen ganz und gar nicht entspricht. Aber: Es wird schon wieder besser werden! Dieser Trost bleibt auch jetzt den Vielen, die mißmutig und nur zu oft mit undichten Stiefeln durch die Regenpfützen dieser unfreundlichen Tage stapfen müssen.

Glückwunschtelegramme wieder zugelassen. Nach halbamtlicher Meldung sind Glückwunsch- und Begrüßungstelegramme sowie Telegramme in nicht dringenden Familienangelegenheiten von jetzt an wieder zugelassen.

Englischer Kreuzer im Hafen. Sonnabend liefen die englischen Kreuzer Delhi und Volunteer im Hafen ein. Sie haben im Kaiserhafen Liegestelle genommen. Den Hafen verlassen hat der englische Kreuzer D 64 Danaë und ist in See gegangen.

Neugestaltung der Reichs-Reisebrotmarken. Die bisher eingetretenen und noch bevorstehenden außerordentlichen Erhöhungen des Lebenspreises zwingen, um eine zu große Belastung der Kommunalverbände zu vermeiden, zu einer Verringerung und damit zu einer Neugestaltung der Reisebrotmarken. Die Reisebrotmarken neuen Musters werden gegen Ende dieses Monats zur Verwendung gelangen. Durch die Einführung der neuen Marken wird die Gültigkeit der jetzigen nicht berührt. Bis auf weiteres gelten daher die alten und die neuen Marken nebeneinander, doch ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die jetzigen [illegible] außer Geltung gesetzt werden. Der Zeitpunkt wird noch besonders mitgeteilt werden. Ein Umtausch der alten in neue Marken kann wegen der noch langen Umlaufszeit der jetzigen nicht zugelassen werden.

Vom Milchwagen gestürzt ist Sonnabend abend die Besitzerstochter Anna Stenzel aus Bannin, Kreis Karthaus, als sie Milch nach Langfuhr bringen wollte. Sie erlitt dabei einen Bruch des linken Oberarmes und Verletzungen am Kopfe. Der Unglücksfall wurde dadurch verursacht, daß sich von ihrem Milchwagen plötzlich ein Rad löste und der Wagen sich mit starkem Ruck zur Seite neigte, wobei das junge Mädchen herausgeschleudert wurde.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

40) (Fortsetzung.)

„Es muß getan sein. Sonst zeigen die Menschen mit den Fingern auf die Kinder: Die sind es, deren Vater seinen Bruder erschlug und auf dem Hochgericht oder im Zuchthause starb. Und wo es längst vergessen ist, da dürfen sie sich nur zeigen, da wird es wieder wach; da deuten die Menschen wieder mit den Fingern und werden sich mit Schaudern von ihnen ab. Das Vertrauen, das er von den Eltern erbt, ist das Kapitol, womit der Mensch anfängt. Es muß ihm erwiesen werden, eh er es hat verdienen können, damit er lernt, Vertrauen zu verdienen. Wer wird ihnen Vertrauen erweisen, die mit ihres Vaters Schande gezeichnet gehen? Wie sollen sie Vertrauen verdienen lernen? Mitten unter den Menschen von den Menschen ausgestoßen, müssen sie nicht werden, wie ihr Vater war? Und sein eigenes langes Leben voll Anstrengung, Ehre zu erwerben und zu bewahren, wird rückwärts angesteckt von des Sohnes Schmach. Die Kinder hält man für fähig zu tun, wie der Vater tat, und es kann kein ehrlicher Vater gewesen sein, der solchen Sohn hatte! — Immer brennender glühte die Röte auf der eingefallenen Wange; die zusammengesunkene Brust richtete sich keuchend empor. Er machte unwillkürlich eine vorbedeutende Bewegung mit dem Arm. Fritz Rettenmair ahnte ihren Sinn und wollte sich aufraffen und wäre wieder umgesunken, stützte er sich nicht mit beiden Händen. So lag er auf Händen und Knien vor dem Alten, als er den Angstruf ausstieß: „Was willst du, Vater? Wonach gehst du um?"

„Ich will sehen," erwiderte der Alte mit pfeifendem Flüstern, „ob ich es tun muß, oder ob du es tun wirst, was getan sein muß. Und getan muß es sein. Noch weiß niemand etwas, was zur Untersuchung führen kann vor den Gerichten, als ich, deine Frau und der Valentin. Für mich kann ich stehen, aber nicht für die, daß sie nicht verraten, was sie wissen. Wenn du jetzt herabfällst von der Rüstung, so daß die Leute meinen können, du bist ohne Willen verunglückt, dann ist die größte Schande verhütet. Der Schieferdecker, der verunglückt, steht vor der Welt als ein ehrlicher Toter, so ehrlich, als der Soldat, der auf dem Schlachtfeld gestorben ist. Du bist einen solchen Tod nicht wert! Bankerottierer, Dich sollte der Henker auf einer Kuhhaut hinter Schleifen auf den Richtplatz. Schandbube, der du den Bruder umgebracht hast und hast vergessen wollen das zukünftige Leben der unschuldigen Kinder und mein vergangenes, das voll Ehre gewesen ist. Du hast Schande genug gebracht über dein Haus, du sollst nicht noch mehr Schande darüber bringen. Von mir sollen sie nicht sagen, daß mein Sohn, und von meinen Enkeln nicht, daß ihr Vater auf dem Blutgerüst oder im Zuchthause gestorben. Du betest jetzt ein Vaterunser, wenn du noch beten kannst. Dann wendest du dich, als wolltest du wieder zu deiner Arbeit gehen, und trittst mit dem rechten Fuß über die Rüstung. Sag ich, der Schreck über seines Bruders Unglück hat ihm schwindeln gemacht: mir glauben es die Gerichte und die Stadt. Das ist es, was ein Erben einbringt, das anders gewesen ist, als deines. Tust du es nicht gutwillig, so stürz ich mit dir hinab und du hast auch mich auf deinem Gewissen. Die Leute wissen, ich leide an den Augen: ich bin gestrauchelt und hab mich an dir festhalten wollen und hab dich mitgerissen. Meines Lebens ist nach dem, was ich heut erfahren habe, keine Dauer mehr und kein Wert; ich bin am Ende, aber die Kinder fangen erst an. Und auf den Kindern soll keine Schande haften, so wahr ich Rettenmair heiße. Nun besinn dich, wie es werden soll. Ich zähle fünfzehn Paar Schläge an dem Perpendikel dort."

Fritz Rettenmair hatte mit wachsendem Entsetzen die Rede des Vaters gehört. Daß seine Tat noch nicht öffentlich bekannt war, gab ihm Hoffnung. Die Angst vor dem gedrohten Tode weckte einen Teil seiner Kräfte wieder. Er flüchtete sich wieder in seinen Trotz. Heftig sagte er, nachdem der Alte ausgeredet hatte: „Ich weiß nicht, was du willst. Ich bin unschuldig. Ich weiß nicht, was du da von Beilstichen sagst". Er erwartete, der Vater würde auf seine Einwendungen eingehen, wenn auch [illegible] unwillig. Aber der Alte begann ruhig zu zählen: „Eins — Zwei". — „Vater" fiel er ihm mit steigender Angst in das Zählen, und der Trotz seines Sohnes brach im Flehen. „Hör mich doch nur. Die Gerichte hören einen und du hörst mich nicht. Ich will mich ja hinunterstürzen, weil du mich tot haben willst, ich will sterben, wenngleich unschuldig. Aber höre mich nur erst!" Der alte Herr entgegnete nichts; er zählte fort. Der Elende sah, sein Urteil war gesprochen. Der Vater glaubte nicht, was er auch sagen mochte; und er wußte, was der eigensinnige alte Mann sich einmal vorgenommen, das führte er unerbittlich aus. Er wollte sich darein ergeben, dann kam ihm der Gedanke, noch einmal zu flehen; dann fiel ihm ein: er konnte den Alten zurückwerfen und über ihn entfliehen, dann: er wollte sich anhalten, wenn der Alte sich an ihn hing, um nicht mitzustürzen. Das konnte ihm kein Mensch verdenken. Dazwischen sah er schaudernd, was ihn erwartete, wenn er floh und die Gerichte faßten ihn doch. Es war besser, er starb jetzt. Aber noch Schrecklicheres erwartete ihn über dem Tode drüben. Er sann zurück und lebte sein ganzes Leben im Augenblicke noch einmal durch, um zu finden, der ewige Richter konnte ihm vergeben. Seine Gedanken verwirrten sich; er war bald dort, bald da, in denen der Gesell verschwunden war, zugleich sah er zu den hellen Fenstern des roten Adlers auf, er dachte: „Da kommt er ja! Nun wird es sausen!" Er stand an den Straßenecken und zählte und die Breiter wollten unter Apollonias nicht brechen, die Stricke über ihn nicht reißen; er stand wieder vor der Frau und sagte über des sterbenden Neunzehnts Bett gebeugt: „weißt du, warum du erschrickst?" und holte aus zu dem unseligen Schlage; selbst daß er vor dem Vater dalag und hin und her sann in größlich angstvoller Hast, kam ihm vorüberfliehend wie in einem Fiebertraum. Dann war es ihm, als käme er zu sich und unendliche Zeit sei vergangen zwischen dem Augenblick, wo der Vater die Perpendikelschläge zu zählen begonnen, und jetzt. Es müsse ja alles gut sein. Er müsse sich nur besinnen, ob er über den Vater hinweggeflohen, oder ob er sich angehalten, als ihm der Vater mit sich hinunterreißen wollte. Aber da lag er noch, dort saß der Vater noch. Er hörte ihn „Neun" zählen und dann schweigen. Die Besinnung verließ ihn völlig.

Der alte Herr aber schwieg wirklich. Er zählte nicht mehr. Sein scharfes Ohr hörte einen eilenden Schritt auf der Treppe. Er griff nach seinem Sohne und hielt ihn, wie im seiner gewiß zu sein, daß er ihm nicht entgehe. Er fühlte an der Gelähmtheit des Gliedes, das er gefaßt hatte, es sei unnötig, den Sohn zu halten. Er müsse ohnmächtig sein. Neue Sorge erwuchs ihm daraus. War der Sohn ohnmächtig, so mußte er, wenn möglich, ihn fremden Blicken entziehen. Auch diese Ohnmacht konnte den Verdacht entstehen oder wachsen machen. Er erhob sich und wandte sich von der Dachluke nach dem Kommenden. Er war unschlüssig, sollte er die Luke mit seinem Körper decken, oder dem Kommenden entgegengehen? Der Geselle, den er dorthin nach Brombach geschickt — denn dieser war es, der so eilig kam — hustete auf der Treppe. Den konnte er abhalten von der Rüstung; ja, er konnte ihm vielleicht den Anblick des daliegenden Vaters entziehen, wenn er ihm entgegen ging und ihn noch auf der Treppe abfertigte. So vielleicht gewisser, als wenn er vor der Luke stehen blieb, da es wahrscheinlich war, er verdeckte dieselbe doch nicht völlig. Jetzt fühlte der alte Herr erst, wie das, was er heute erfahren, seine Kräfte gelähmt. Aber der Geselle merkte nichts davon; als er den alten Herrn, an den Treppenbalken gelehnt, ihm den Weg versperren sah. (Fortsetzung folgt.)

Höchstpreise für Marzipan aufgehoben. Nachdem vor einiger Zeit die Höchstpreise für Bonbons aufgehoben worden sind, sind, wie aus einer Bekanntmachung des Wirtschaftsamtes im Staatsanzeiger hervorgeht, auch die Höchstpreise für Marzipanerzeugnisse aufgehoben worden.

Höchstpreise für Seife und Seifenpulver. Nach einer im Staatsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung des Wirtschaftsamtes haben für das Freistaatgebiet für Haushaltungseife und Seifenpulver als Höchstpreise die Preise zu gelten, die jeweilig von der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft B. m. b. H. festgesetzt werden.

Die Regierung war, wie uns das Magistrat schreibt, natürlich, weil Haushaltungseife und Seifenpulver noch vom Deutschen Reiche geliefert werden. Die Höchstpreise für Feinseife sind aufgehoben worden, da Feinseife zum größten Teil aus dem Auslande kommt.

Aus dem Freistadtbezirk.

Krakau. Amtliche Berichte über [illegible] Gerichte sind in [illegible] Gerichte [illegible]

[illegible] Lastschiff [illegible]

[illegible] Eigentümer [illegible]

[illegible] Wohnungsbau [illegible]

[illegible] Wohnungsbau [illegible]

[illegible] Wohnungsbau

Danziger Nachrichten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Verfassunggebenden Versammlung

der künftigen Freien Stadt Danzig hielt gestern ihre erste Sitzung im Beisein des Landesvorstandes der Partei ab und wählte zu ihrem Vorstand die Genossen Gehl, Grünhagen und Bohn. Die bürgerlichen Fraktionen haben beschlossen vorzuschlagen, das Präsidium des Volkstages auf demokratischer Grundlage zu bilden, sodaß den ersten Präsidenten die Deutschnationalen, den ersten Stellvertreter die U. S. P., den zweiten Stellvertreter wir zu stellen hätten. Diese Regelung wurde angenommen und für dieses Amt Genosse Dr. Zint bestimmt. Der Staatsrat hat beschlossen, von den Verhandlungen des Volkstages stenographische Berichte nicht aufzunehmen. Dieser Beschluß fand allgemeine Mißbilligung, da gerade bei der Wichtigkeit unseres Freistaatparlaments unbedingt Wert darauf gelegt werden muß, stenographische Sitzungsprotokolle herzustellen, wie sie nicht nur in den Staats- und Landesparlamenten, sondern vielfach auch schon in Stadtverordnetenversammlungen aufgenommen werden. Die Fraktion wird daher bei Eröffnung des Volkstages einen dahingehenden Antrag stellen. Bei dem beschränkten Raum, den das Tagungslokal für Zuhörer aufweist, werden nur wenige Eintrittskarten den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden können. Diese Karten sollen dem Parteisekretariat zwecks Verteilung an die Interessenten übergeben werden. Es wurde hierbei wiederum der Wunsch laut, daß die Räume im Landeshause baldmöglichst gegen die Mackensen-Villa eingetauscht werden möchten, zumal gerade diese Villa das einzige Gebäude in Danzig ist, das seiner Größe und Würde nach berufen erscheint, das Parlament des Freistaates aufzunehmen. Es müßte unbedingt darauf hingewirkt werden, daß der jetzt dort wohnende englische General diese Villa freigibt. Die englischen Besatzungstruppen wollten anläßlich der Eröffnung des Volkstages eine Ehrenkompanie stellen, hierauf wurde aber verzichtet. Ferner wurde beschlossen, zu beantragen, den Mitgliedern des Volkstages den „Staatsanzeiger" zuzustellen und ihnen die bereits erschienenen Nummern nachzuliefern. Die nächste Sitzung der Fraktion soll am Sonnabend dieser Woche nachmittags 5 Uhr stattfinden.

Die Freiheit des Religionsunterrichtes

überschrieben wir in unserer letzten Donnerstag-Nummer einen Artikel, der sich u. a. darauf stützte, daß ein katholischer Lehrer der Volksschule Faulgraben sich gegen vom Religionsunterricht befreite Schüler nicht einwandfrei verhalten habe. Er sollte darauf hingewirkt haben, daß andere Kinder jene Schüler ausschämten. Wir haben inzwischen festgestellt, daß diese Behauptung auf einer irrtümlichen Auffassung unseres Gewährsmannes, den wir für absolut zuverlässig halten mußten, beruht. Wir nehmen deshalb keinen Anstand, es außerordentlich zu bedauern, daß dieser Irrtum nicht vermieden werden konnte. Uns kann nichts ferner liegen, als bewährten Lehrkräften etwa die Freude an ihrer Tätigkeit beschränken oder sie in den Augen ihrer Schüler und Eltern herabsetzen zu wollen. Wir sprachen dies gestern auch bereits dem Lehrer Lewandowski von der Schule Faulgraben, der uns in dieser Sache persönlich besuchte, gegenüber aus. Da Herr L. und der Lehrer Kubicki die einzigen katholischen Lehrkräfte dieser Schule sind, bringen wir gern zur Steuer der Wahrheit noch folgende Erklärung der beiden Herren zur Kenntnis der Oeffentlichkeit:

Auf den Artikel Ihrer werten Zeitung von Donnerstag, den 3. Juni d. Js. „Die Freiheit des Religionsunterrichtes", in welchem ein katholischer Lehrer der Schule Faulgraben beschuldigt wird, dahin gewirkt zu haben, daß andere Kinder veranlaßt wurden, solche Schüler, die auf Antrag ihrer Eltern den Religionsunterricht nicht besuchen durften, auszuschämen, erlauben wir uns zu erwidern, daß Ihr zuverlässiger Gewährsmann nicht die Wahrheit berichtet haben kann. Wir sind an der Schule nur zwei katholische Lehrer. Von den über 600 Schülern der Schule sind nur aus einer einzigen Familie zwei evangelische Kinder auf Antrag ihrer evangelischen Eltern vom Besuche der Religionsstunde befreit. Beide besuchen eine Klasse, die mit uns beiden katholischen Lehrern unterrichtlich gar nicht in Berührung kommen, ja, uns fast unbekannt sind. Wir müssen daher diesen uns gemachten Vorwurf entschieden zurückweisen. Zudem haben wir wohl durch unsere 34- resp. 29jährige Tätigkeit an der Simultanschule unsere Toleranz allen Religionsgesellschaften gegenüber zur Genüge bewiesen, was uns wohl unsere andersgläubigen Kollegen und die Eltern unserer Schüler stets bekunden werden.

B. Lewandowski. Kubicki.

Im übrigen richten wir an alle unsere Freunde und Genossen gerade aus diesem Anlaß die dringende Bitte, sich bei allen Beschwerden, die sie von der „Volksstimme" behandelt wissen wollen, stets ganz zuverlässig über den Sachverhalt zu unterrichten. Ohne die Mitarbeit und die vertrauensvolle Verbindung mit ihren Lesern kommt am allerwenigsten eine sozialdemokratische Arbeiterzeitung aus. Der große Einfluß der Presse legt aber auch allen Beteiligten die unbedingte Pflicht auf, äußerst sorgfältig darauf zu achten, daß Irrtümer und Mißverständnisse möglichst ausgeschlossen bleiben.

Aufhebung des Streikerlasses.

Gestern berichteten wir bereits, daß der Oberkommissar Sir Reginald Tower seinen im März erlassenen Antistreikerlaß aufgehoben hat. Die Verordnung, die den Streikerlaß beseitigt, hat in der Fassung des „Staatsanzeigers" folgenden Wortlaut:

> Zu meiner Verordnung vom 25. Februar 1920 über den Schutz lebenswichtiger Betriebe haben die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter von Danzig und Umgegend dem Staatsrat gegenüber die Erklärung abgegeben, daß sie die Garantie dafür übernehmen, daß in allen Lohnfragen und Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete zunächst der Verhandlungsweg beschritten und zum Mittel des Streiks erst dann gegriffen wird, wenn Verhandlungen abgelehnt werden. Ich habe das volle Vertrauen zu der Bevölkerung der künftigen Freien Stadt Danzig, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, daß im Interesse der Gesamtheit besonders in lebenswichtigen Betrieben wirtschaftliche Streitigkeiten im Wege der friedlichen Verhandlung ihre Erledigung finden werden, und hebe deshalb meine Verordnung vom 25. Februar 1920 hiermit auf.
>
> Danzig, den 3. Juni 1920.
>
> Reginal Tower.

Dem Kenner der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsverhältnisse war es längst kein Geheimnis, daß der Streik nicht das Ziel von Unternehmungen der Arbeiterorganisationen ist. Diese Taktik ist auch die der Danziger Arbeiter. Der Oberkommissar muß also schon mehr als unrichtig informiert worden sein, wenn man ihn zu einer anderen Auffassung bringen konnte. Im übrigen bleibt es trotz der Fassung dieser aufhebenden Verfügung dabei, daß der Streikerlaß stürzte, weil Genosse Gehl im Staatsrat infolge des Vorgehens der Danziger Eisenbahnbeamten seine Aufhebung beantragt hat.

Streik in den Bonbon- und Schokoladenfabriken.

Der Streik bei den Firmen Nordel-Schokoladenfabrik, Miz, Loewenstein und Feldkeller, der am 31. Mai begann, geht weiter. Er hat eine Verschärfung dahin erfahren, daß nunmehr auch die noch weiterarbeitenden Betriebe Lindemann und Russau ihre Arbeiter ausgesperrt haben. Ausstreuungen von Arbeitgeberseite, als ob von den Streikenden die Anrufung des Schlichtungsausschusses abgelehnt worden ist, treffen nicht zu. Die Sache liegt so, daß die Lohnkommission der Arbeitnehmer an die Arbeitgeber die Frage richtete, ob sie bereit seien, den Spruch des Schlichtungsausschusses anzuerkennen. Als darauf ausweichend geantwortet wurde, stellten die Arbeiter eine Frist bis Sonnabend, den 29. Mai. Erst als bis Sonntag keine Antwort eingegangen war, wurde der Streik beschlossen. Die Streikenden sind entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Kampf bis ans siegreiche Ende zu führen. Wie berechtigt die gestellten Forderungen sind, ersieht man schon daraus, daß ein 17jähriges Mädchen 50 Mk. Kost- und Logisgeld zahlen muß, während die Arbeitgeber aber nur 40 Mk. Lohn zahlen wollen! Wie das fehlende Geld, sowie Kleidung und Schuhzeug beschafft werden sollen, ist leider nicht schwer zu erraten. Daß die Arbeitnehmer der Süßwaren-Industrie diese Art des Erwerbs weit von sich weisen müssen, kann jeder, nur nicht die Herren Fabrikanten der Süßwaren-Industrie verstehen. Wenn sie bereit sein werden, einen auskömmlichen Lohn zu zahlen, dann kann der Streik schon morgen beendet sein.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Fürsorge für die Arbeitslosen ist nach den Verfügungen des Staatsrates wie folgt geregelt:

Die Erwerbslosenunterstützung darf erst nach einer Wartezeit von mindestens einer Woche gewährt werden, unbeschadet jedoch die Bestimmungen, wonach eine Wartezeit nicht festgesetzt werden darf für

a) seit dem 1. August 1914 zugezogene Personen bei der Rückkehr in ihren früheren Wohnort,

b) Kriegsteilnehmer, die unmittelbar nach ihrer Entlassung vom Heere unterstützungsbedürftig werden, an dem Orte, nach dem sie entlassen werden,

c) Arbeiter im Falle einer Gewährung der Unterstützung zur Aufbesserung des infolge vorübergehender Einstellung der Arbeit oder Beschränkung der regelmäßigen Arbeitszeit verkürzten Wochenlohnes (Kurzarbeiter).

Bestimmungen der Gemeinde, wonach von der Wartezeit ganz oder teilweise abgesehen werden kann, im Falle wiederholter Erwerbslosigkeit sind zulässig.

Die Unterstützung darf nur für die sechs Wochentage gewährt werden und ohne Familienzuschläge, die für die einzelnen Orte nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zu den Ortsklassen A—E vorgeschriebenen Höchstsätze nicht übersteigen. Maßgeblich für die Zugehörigkeit der Orte ist das Ortsklassenverzeichnis, wie es für die Gewährung von Ortszuschlägen für die Beamten der Freien Stadt Danzig aufgestellt ist.

Die Höchstsätze betragen: in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	8,—	7,—	6,—	5,— Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in d. Haushalt eines anderen leben	7,—	6,25	5,50	4,50 Mk.
c) unter 21 Jahren	5,—	4,50	3,50	3,— Mk.
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	6,—	5,25	4,50	3,75 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in d. Haushalt eines anderen leben	5,—	4,25	3,50	2,50 Mk.
c) unter 21 Jahren	3,—	2,50	2,25	2,— Mk.

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Anderthalbfache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Sätze nicht übersteigen: in den Orten der Ortsklassen:

	A	B	C	D u. E
für a) den Ehegatten	3,—	2,75	2,50	2,25 Mk.
b) die Kinder u. sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	2,—	1,75	1,50	125 Mk.

Die Bestimmung, wonach die Unterstützung den Ortslohn oder das Anderthalbfache des Ortslohnes nicht überschreiten darf, wird aufgehoben.

Der Weichselschifferstreik beendet. Am Sonntag wurde zwischen Vertretern der polnischen Staatsschiffahrt, die aus Warschau hierher gekommen waren, und den in den Fahrstreik getretenen Binnenschiffern verhandelt. Die Verhandlungen führten zur Einigung, worauf gestern die Fahrten wieder aufgenommen wurden. Die sehr bemerkenswerte Hauptforderung der für die polnische Staatsschiffahrt verpflichteten Schiffer, den vereinbarten Tagessatz in deutscher Valuta zu erhalten, wurde bewilligt. Die Schiffer erhalten fortan in Danzig den Tagessatz von 120 Mark in deutscher Valuta ausgezahlt. Ferner wurde ihnen die Fahrvergütung, die sie per Tonne und Kilometer Fahrt erhalten, von 4 auf 10 Pfg. erhöht. Die Binnenschiffahrt ist seit gestern vormittag wieder im Gange.

Unfälle auf der Straße. Am Sonnabend abend geriet an der Kaserne Samtgasse der Fleischergeselle Fritz Jedemowski, Pfefferstadt 63, als er auf seinem Rade die Wallgasse hinunterfuhr und einem ihn anläffenden Hunde ausweichen wollte, vor ein von hinten herankommendes Auto. Er wurde vom Rade geschleudert und stark blutend von englischen Soldaten in die Kaserne und sodann mit einem Auto in das städtische Krankenhaus geschafft. J. erlitt neben anderen Kopfverletzungen einen Schädelbruch.

Beim Aufspringen auf einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen stürzte am Sonnabend der Arbeiter Paul Richert, Kassubischer Markt 2, wobei er vor das Schutzblech des Anhängewagens geriet. R. erlitt schwere Fußverletzungen.

Erhöhung des Preises für Weizenbrot. In der heutigen Ausgabe macht der Magistrat die neuen Preise für Weizenbrot und Weizenmehl bekannt. Da mit der Erhöhung des Brotpreises eine Herabsetzung der Ausmahlung auf 80 Prozent verbunden ist, tritt eine Besserung des Brotes ein.

Neuer städtischer Hafenbauplatz. Der Magistrat weist im Anzeigenteil auf [illegible] eines Hafenbauplatzes hin, den er auf dem vor dem [illegible] Gebäude zu Weichselmünde geschaffen hat.

Oertliche Parteinachrichten.

Verein Arbeiter-Jugend, Danzig. Mittwoch, den 9. Juni Bewegungsspiele auf dem Heinrich-Ehlersplatz. Treffen ½7 Uhr Oliver Tor. Erscheinen sämtl. der Mitglieder erwünscht.

Achtung! Vertrauensleute von Ohra. S. P. D.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 Uhr, findet in der Ostbahn eine Vertrauensmännersitzung statt. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Der Wichtigkeit wegen ist das Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

Verein „Arbeiter-Jugend", Neufahrwasser. Mittwoch, den 9. Juni außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Hansen-Danzig. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Polizeibericht vom 8. Juni 1920. Verhaftet: 4 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls und 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Couvert mit Geschäftspapieren für Rentier Georg Lichtenfeld, 1 Notizbuch mit größerem Geldbetrag, 1 schwarzes Portemonnaie mit Handschriften für Johanna Rohde, 1 r. brauner Herrenlederhandschuh, 1 Spazierstock, 1 Dose „Mitesserpasta", 1 fühlerne Uhrkette an einer schwarzen Schnur, 1 Brillenglas, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidium. — Verloren: 1 engl. Gewehr, gestempelt S. M. U. 6, 7945, 1 silb. Damenuhr mit Goldrand ohne Kette, 1 silb. Damenarmbanduhr (Zifferblatt gespalten), abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Standesamt vom 8. Juni 1920.

Todesfälle: Witt. Emilie Schneider geb. Lange, fast 87 J. — Seminaristin Martha Köhnke, 17 J. 5 M. — Lagerverwalter Arthur Treder, 42 J. 8 M. — Frau Nerese Blum geb. Double, 56 J. 2 M. — S. des Eisenbahnarbeiters Felix Jeschke, 4 Wch. — T. des Malers Paul Knuth, 5 M. — Invalide Johann Dombrowski 87 J. 2 M. — T. des Vorschmieds Wladislaus Czacharowski 6 J. 8 M. — Kaufmann Willi Kumnitzer, 55 J. 9 M. — Zimmermann Albert Kalipki, 50 J. 9 M.

Wasserstandsnachrichten am 8. Juni 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ 1,31	+ 1,32	Montauerspitze	+ 1,23	+ 1,30
Warschau	+ 1,75	+ 1,66	Piechel	+ 1,13	+ 1,22
Thorn	+ 1,28	+ 1,18	Dirschau	+ 1,34	+ 1,48
Fordon	+ 1,14	+ 1,16	Einlage	+ 2,40	+ 2,54
Culm	+ 1,10	+ 1,12	Schiewenhorst	+ 2,62	+ 2,78
Graudenz	+ 1,30	+ 1,28	Wolfsdorf	— 0,06	— —
Kurzebrack	+ 1,63	+ 1,65	Anwachs	+ —	+ —

Aus dem Freistadtbezirk.

Zoppot. Eröffnung des Stadttheaters. Am Sonntag, den 13. Juni beginnt die diesjährige Spielzeit im Stadttheater Zoppot. Als Eröffnungsvorstellung wird, weil der Tag der Eröffnung auf den Sonntag fällt, eine Operette gegeben und zwar geht in erster Besetzung die Operette „Die Czardasfürstin" mit vollständig neuer Ausstattung in Szene. Beschäftigt sind die Damen: Finkler, Joachim, die Herren: Latour-Albrecht, Theo Lucas als Gast, Direktor Otto Normann. Am Montag, den 14. Juni ist die erste Schauspielvorstellung „Alt Heidelberg". Ab Donnerstag, den 17. Juni finden die Gastspiele Albert Bassermann statt. Als erstes Gastspiel ist „Menschenfeinde" von Richard Dehmel angesetzt. Am Freitag, den 18. Juni spielt Albert Bassermann den Striese in „Raub der Sabinerinnen" und am Montag, den 21. Juni den „Othello".

Aus dem deutschen Osten.

Zur Abstimmungsfrage.

Der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses sendet uns folgende Mitteilung:

Ein großer Teil von Personen, die von Amtswegen hätten eingetragen werden müssen, aber die rechtzeitig ihren Antrag gestellt haben, finden sich nicht in den Stimmlisten und sind begreiflicherweise deswegen ungehalten. Das war aber leider nicht zu vermeiden. Nach den Bestimmungen mußten noch am 2. Juni Anträge angenommen werden, an demselben Tage sollten aber auch die Listen fertig sein. Es sind am 1. und 2. Juni noch Tausende von Anträgen eingegangen, die sämtlich von den 4 Mitgliedern des Ausschusses bearbeitet werden mußten. Die Bearbeitung mußte nach den Vorschriften buchstabenmäßig geschehen. Es kann daher leider vorkommen, daß Leute, die schon vor einiger Zeit ihre Eintragung beantragt haben, nicht in den Listen stehen, und andere, die am 2. Juni ihren Antrag gestellt haben, zufällig doch noch in die Listen hineingekommen sind. Wir haben, um diese Härte nach Möglichkeit zu beseitigen, dem Publikum die Einlegung des Einspruchs erleichtert, indem wir Vordrucke liefern. Zudem kann den Einspruch jeder einlegen, sodaß für eine Familie oder für einen Verein dieselbe Persönlichkeit sich von der richtigen Eintragung überzeugen kann und nötigenfalls für alle Einspruch einlegen kann. Diese Schwierigkeiten und Härten sind von uns und auch von anderen Abstimmungsausschüssen vorgesehen worden. Eine Aenderung der Frist ist aber leider bei der interalliierten Kommission nicht durchzusetzen gewesen.

Parteinachrichten.

Genosse Rohrlack-Stettin †.

Gestern starb in Stettin der Genosse Hermann Rohrlack, der Bezirksleiter des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" für den deutschen Osten. Auch die Danziger Metallarbeiter kannten Rohrlack sehr gut. Der Aufbau der Danziger Metallarbeiterorganisation gehört mit zu der Hauptarbeit seiner erfolgreichen Tätigkeit. Rohrlack war der erste angestellte Gauleiter des Verbandes. Er ist 68 Jahre alt geworden.

Geschäftliches.

Ein billiges Schuhwerk. Den Zeitverhältnissen entsprechend hat die Firma Leiser von ihrem Berliner Lager größere Posten Schuhwaren aller Art zu sehr billigen Preisen ihrer Danziger Filiale, Langgasse 78, überwiesen. Es ist zu begrüßen, daß die Firma Leiser wie in Berlin so auch hier der Bevölkerung Gelegenheit gibt, billiges Schuhwerk in bekannt guter Qualität zu kaufen.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Franz Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Knöchel-Spangen-Schuhe

Lackleder, modernster Schnitt, wie Abbildung, beste Rahmenarbeit

mk 195.

Weiße Leinen-Schuhe

zum Schnüren, elegante Form, moderne Ausführung, besonders preiswert

mk 78.

Damen-Schnür-Schuhe

aus bestem Material, gute Paßform, größte Haltbarkeit.

mk 68 50

Leiser

Telephon 3931. 1519 *Danzig, Langgasse 73.*

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Beiträge zur **Angestelltenversicherung** sind von Arbeitgebern und Versicherten im Freistaatgebiet wie bisher an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf zu zahlen. Die Reichsversicherungsanstalt hat sich verpflichtet, die ihr gesetzlich auferlegten Leistungen zu gewähren.

Danzig, den 5. Juni 1920.

Der Magistrat. (1523

Die Stadtgemeinde Danzig verwaltet als Treuhänderin für den noch zu bestimmenden „Berechtigten" im Sinne des Friedensvertrages das Gelände des ehemaligen Munitionslagers in Weichselmünde in Größe von insgesamt etwa 200 000 qm.

Dringenden Bedürfnissen des Holzhandels folgend, hat sie diesen Platz als öffentlichen Holz-Freilagerplatz eingerichtet.

Die Benutzung des Freilagerplatzes regelt sich nach den hierfür besonders erlassenen Bestimmungen, die durch die III. Geschäftsstelle des Magistrats, Jopengasse 36-38, Zimmer 64, oder auch bei dem Strommeister Renner, (im Verwaltungsgebäude am Kaiserhafen) zu erhalten sind, dessen Aufsicht der Platz bis auf weiteres untersteht. Dorthin sind auch Platzbestellungen zu richten. (1524

Danzig, den 2. Juni 1920.

Der Magistrat.

Höchstpreise für Weizenbrot und Weizenmehl.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der jetzt geltenden Fassung und unter Anhörung des Nachwarenausschusses wird für die Stadt Danzig folgendes bestimmt:

1. 1000 Gramm Weizenbrot dürfen höchstens kosten 1.60 M.
   500 Gramm Weizenmehl dürfen höchstens kosten 0.80 M.
2. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft, können auch die sofortige Schließung der Verkaufsstelle zur Folge haben.
3. Diese Verordnung tritt am Dienstag, den 8. Juni 1920 in Kraft.

Danzig, den 7. Juni 1920. (1526

Der Magistrat.

Rückwanderer nach Sowjet-Russland

wollen sich mit ihren Ausweispapieren zwischen 11 und 1 Uhr melden im

Wanderungsamt

der Stadt Danzig, Sandgrube Nr. 41a. (1525

Anfertigung

Fordern Sie

wie bei Ihrem Lieferanten

Rähmscher

Kentucky-Schnupftabak

gemischt und mit Spargelkraut.

Tabakfabrik

B. Schmidt Nachfig.

Fuhrmann & Meisch

Danzig, Rähm 11

Fabrikkontor 3775 Telegramm-Adresse: Fuhrmann 3327

Bedienung

Kulante Bedienung

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 8. Juni 1920, abends 7 Uhr

Ostern

Ein Passionsspiel in 3 Akten von August Strindberg

Mittwoch, den 9. Juni 1920, abends 7 Uhr

Zwangseinquartierung

Schwank in 3 Akten von Arnold und Ernst Bach.

Donnerstag, den 10. Juni 1920, abends 7 Uhr

Der Geschlagene

Schauspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm Schmidtbonn

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Nur bis einschl. Donnerstag!

Der Schuß aus dem Fenster

Großer Abenteurer-Film in 5 Akten.

Hauptdarsteller: (1522

Ria Jende — Hans Albers.

Das Buch des Todes

Detektiv-Roman in 5 Akten.

Detektiv Fox . Fred Stranz.

Beginn der letzten Vorstellung 8½ Uhr.

„Frina" Kaffee

schmeckt wie Bekömmlich, ergiebig, wieder zu haben in allen einschläg. Geschäften.

Nachtigal Getreidekaffeefabrik DANZIG

1419

Baltropa

Internationales Reise- u. Verkehrsbureau G. m. b. H.

Danzig, Grünes Tor.

Telephon 1736. Telegr.-Adr.: Baltropa.

Fahrkartenverkauf

für d. Passagierdampferverkehr Danzig-Swinemünde

Ab **Danzig** jeden Montag u. Donnerstag 8 Uhr, ab Zoppot 9 Uhr vorm., an Swinemünde 1 Uhr früh. Extrazugverbindung nach Berlin.

Ab **Swinemünde** jeden Mittwoch und Sonnabend vorm. 3 Uhr, an Zoppot nachm. 7 Uhr, an Danzig 8 Uhr.

Für Reisende ab Danzig nur Paß mit deutschem Visum erforderlich. (1504

LB

Junkergasse 7

Ecke Breitgasse.

Nur 3 Tage!

Das grosse Revolutionsdrama

Die Verschwörung

6 gewaltige, packende, spannende Akte mit

Lucy Gellert
Carmen Cartellieri
Paul Lukacs
Julius Margittay.

Wetterleuchten

Drama in 5 Akten

Claire Hayn
Marga Lind
Willy Vacker
Max Laurence.

Voranzeige ab Freitag!

Auf den Schienen der Pacificbahn

Großes Wild-West- u. Indianer-Drama in 5 Akten. (1527

Bei Schlaflosigkeit

gegen alle Neurosen des Zirkulations- und Zentralnervensystems, besond. bei nervöser Überreiztheit durch Berufsarbeit, epileptischen Krämpfen, Hysterie, nervös. Kopfschmerzen, nervösem Herzklopfen, Neurasthenie, Neuralgie nehme man als vollständig unschädliches, gutwirkendes Mittel **Bilz Brombaldrian-Elixier.** Preis Mk. 7.50 die Flasche. Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6020

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall. — Sterbekasse. —

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Maiengasse 35.

Makulatur

hat abzugeben

Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6.

Zigaretten

ohne Mundstück, liefert 100 Stück 10 Mk. (1430

Riess, Gräfelfing

b. München 53.

Frack, Mantel

für Mädch. v. 14—17 Jahr.,

Hängematte

zu verkaufen von 7 Uhr ab. Sielaff, Dienergasse 13, 1 Tr.

Ein großer Tisch, 98×140 und (1521

ein groß. Waschkorb

zu verkaufen

Bastion Ausspring 9, pt. r.

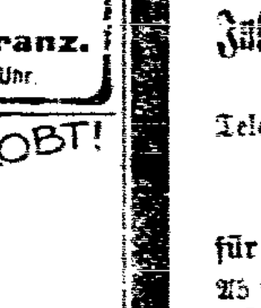
Ein Paar hohe weiße **Herrenschuhe,** Gr. 42, u. **2 geschnitzte Bilderrahm.,** Gr. 55×74, Mahagoniholz, billig zu verk. **Mühling,** Barthol.-Kirchengasse 29. (1

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

Ingenieurarbeiten und sauberer Ausführung



Kataloge · Broschüren Zeitschriften · Bücher

Massenauflagen

in kürzester Zeit zu billigem Preise

Buchhandlung

Sozialistische Literatur in größter Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3290 **Am Spendhaus 6** Fernsprecher 720